

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christel Deichmann, Dr. Gerald Thalheim, Reinhard Weis (Stendal), Ernst Bahr, Dr. Eberhard Brecht, Lothar Fischer (Homburg), Günter Graf (Friesoythe), Hans-Joachim Hacker, Manfred Hampel, Reinhold Hemker, Stephan Hilsberg, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Ingrid Holzhüter, Wolfgang Ilte, Renate Jäger, Ilse Janz, Sabine Kaspereit, Ernst Kastning, Marianne Klappert, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Thomas Krüger, Christine Kurzhals, Christoph Matschie, Winfried Mante, Markus Meckel, Michael Müller (Düsseldorf), Christian Müller (Zittau), Gerhard Neumann (Gotha), Werner Labsch, Kurt Palis, Albrecht Papenroth, Dr. Edelbert Richter, Dr. Hermann Scheer, Siegfried Scheffler, Dr. Emil Schnell, Ottmar Schreiner, Gisela Schröter, Dr. Mathias Schubert, Ilse Schumann, Richard Schuhmann (Delitzsch), Horst Sielaff, Wieland Sorge, Jörg-Otto Spiller, Dr. Bodo Teichmann, Margitta Terborg, Jella Teuchner, Wolfgang Thierse, Gunter Weißgerber, Matthias Weisheit, Heidemarie Wright, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Beitragsgestaltung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung in den neuen Bundesländern/Bundeszuschüsse

Das System der landwirtschaftlichen Unfallversicherung in Form selbstverwalteter Berufsgenossenschaften (BG) wurde zum 1. Januar 1991 auf die neuen Bundesländer übergeleitet. Seither zahlen die zumeist flächenstarken landwirtschaftlichen Unternehmen jährlich Beiträge zur Abdeckung des Unfallrisikos und für die Kosten unfallverhütender Maßnahmen, die nach der Fläche auf die Unternehmen umgelegt werden. Vor allem flächenstarke Marktfruchtbaubetriebe haben daher – bezogen auf die beschäftigten Arbeitskräfte – relativ hohe Beiträge zu zahlen.

Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft (LBG) Berlin sowie die LBG Sachsen haben zudem Alt-Unfallrenten aus DDR-Zeiten zu tragen, die ihnen unter Zugrundelegung des landwirtschaftlichen Unfallrentenanteils in den alten Ländern zugeteilt worden sind (8,5 v. H. aller Alt-Rentenfälle). Da es sich fast ausschließlich um Arbeitnehmerrenten handelt, die im Gegensatz zu den Unternehmerrenten in den alten Ländern jährlich dynamisiert werden, sind die Aufwendungen der beiden Berufsgenossenschaften dafür stark gestiegen. Obwohl der Bund seit Jahren eine deutliche Ermäßigung der Bruttobeiträge durch Zuschüsse aus dem Einzelplan 10 des Bundeshaushaltes finanziert, gibt es erhebliche

Diskussionen bei den Landwirten über die Beitragsbescheide zur Unfallversicherung.

Da der Ausgleich der währungsbedingten Einkommensverluste über die Anhebung der Vorsteuerpauschale gescheitert ist, rückt jetzt ein Ausgleich über eine Anhebung der Bundeszuschüsse für die landwirtschaftliche Unfallversicherung stärker ins Zentrum der Diskussion.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Welche grundsätzlichen Möglichkeiten der Beitragsgestaltung hat die Selbstverwaltung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften außer der am meisten verbreiteten Beitragsbelastung nach der Fläche über die sog. Hektarwerte?
2. Ist zutreffend, daß aufgrund der Verteilungsmodi der sog. Anpassungshilfen heute ausreichende Daten zur Verfügung stünden, um den Arbeitsbedarf der Unternehmen als Beitragsmaßstab heranzuziehen?
3. Wie ist die Verteilungswirkung der unterschiedlichen Modelle der Beitragsbelastung auf die unterschiedlichen Betriebsgrößen?
4. Welchen Einfluß hätten die unterschiedlichen Formen der Beitragsgestaltung auf die Zuweisung der Bundeszuschüsse?
5. Wie hoch ist jeweils der Anteil der Ausgaben für Unfallrenten an Arbeitnehmer bzw. Unternehmer an den Gesamtausgaben in den letzten Jahren bei den beiden Berufsgenossenschaften in den neuen Ländern im Vergleich zum Durchschnitt der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in den alten Ländern?
6. In welcher Form und wann jeweils werden anteilig steigende Ausgaben der Berufsgenossenschaften für Unfallrenten bei der Verteilung der Bundesmittel für die landwirtschaftliche Unfallversicherung nach dem sog. „79er“ Schlüssel berücksichtigt?
7. Wie hoch ist die heutige Beitragsbelastung (Brutto- und Nettowerte) für die Unfallversicherung der landwirtschaftlichen Betriebe in den neuen Ländern im Vergleich zu derjenigen der alten Länder?
8. In welchem Umfang, zu welchen Bedingungen und durch wen im einzelnen haben die beiden Berufsgenossenschaften in den neuen Ländern Mittel als Anschubfinanzierung erhalten?
9. Wie verteilen sich die Bundesmittel im Jahr 1995 auf die 21 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Deutschland, und um welchen Betrag wurden dadurch die Beiträge der jeweils versicherten landwirtschaftlichen Unternehmer im Durchschnitt des jeweiligen Trägers ermäßigt (ausgedrückt in DM je bewirtschaftetem Hektar)?

10. Wie würde sich unter Zugrundelegung der Daten aus der Antwort auf Frage 9 eine möglicherweise als Ausgleich für Währungsverluste gedachte Erhöhung der Bundesmittel um z. B. 400 Mio. DM auswirken?

Welche Anteile einer solchen Erhöhung der Bundesmittel entfielen jeweils auf die einzelnen Bundesländer?

11. Wann würden die landwirtschaftlichen Unternehmen bei einer Erhöhung der Bundesmittel um den genannten Betrag die Umlagebescheide erhalten, aus denen der um den jeweiligen Zuschußbetrag geminderte Nettobeitrag hervorgeht, und wird der ggf. erhöhte Bundeszuschuß hier getrennt vom bisher gezahlten Zuschuß ausgewiesen werden?
12. Ist davon auszugehen, daß dies im Gegensatz zum üblichen Versand der Umlagebescheide im April/Mai diesmal bis zum März 1996 geschieht?
13. Wann wird die Bundesregierung ggf. den für eine Erhöhung der Bundesmittel für die Unfallversicherung notwendigen Nachtragshaushalt vorlegen?

Bonn, den 8. Dezember 1995

Christel Deichmann
Dr. Gerald Thalheim
Reinhard Weis (Stendal)
Ernst Bahr
Dr. Eberhard Brecht
Lothar Fischer (Homburg)
Günter Graf (Friesoythe)
Hans-Joachim Hacker
Manfred Hampel
Reinhold Hemker
Stephan Hilsberg
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Ingrid Holzhüter
Wolfgang Ilte
Renate Jäger
Ilse Janz
Sabine Kaspereit
Ernst Kastning
Marianne Klappert
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Thomas Krüger
Christine Kurzhals
Christoph Matschie
Winfried Mante
Markus Meckel

Michael Müller (Düsseldorf)
Christian Müller (Zittau)
Gerhard Neumann (Gotha)
Werner Labsch
Kurt Palis
Albrecht Papenroth
Dr. Edelbert Richter
Dr. Hermann Scheer
Siegfried Scheffler
Dr. Emil Schnell
Ottmar Schreiner
Gisela Schröter
Dr. Mathias Schubert
Ilse Schumann
Richard Schuhmann (Delitzsch)
Horst Sielaff
Wieland Sorge
Jörg-Otto Spiller
Dr. Bodo Teichmann
Margitta Terborg
Jella Teuchner
Wolfgang Thierse
Gunter Weißgerber
Matthias Weisheit
Heidemarie Wright
Rudolf Scharping und Fraktion

